

Spicebush, 3. Mai 1915.

Die dritte öffentliche Sitzung des Kommunallandtags wurde am Samstag, dornittags 9 Uhr, eröffnet. Sie begann mit dem Bericht des Wahlvorschlagsausschusses (Veriägerlatler Dr. Geiger (Frankfurt a. M.) über die Wahl von drei Beiräten und deren Stellvertreter zur Landesbankdirektion und die Ersatzwahl eines Mitglieds des Landesausschusses an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters a. D. Möner in Wehen. Die Beiräte zur Landesbankdirektion: Nebel (Frankfurt), Theis (Gladbach) und Schmidt (Niederlahnstein) wurden wiedergewählt, ebenso deren Stellvertreter. Als Mitglied des Landesausschusses wurde der bisherige Stellvertreter Bürgermeister Schneider (Steinfischbach) und als dessen Stellvertreter Bürgermeister Christian (Altstadt im Oberbischerwald) gewählt.

Es folgte der Bericht des Finanzausschusses zum Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben des Regierungsbezirks Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1915, der gedruckt vorlag und zu dem der Berichterstatter, Abg. v. Heimbürg (Wiesbaden), eine kurze Erläuterung gab. Der diesjährige Voranschlag gleicht sich aus mit 6427 700 Mark, gegen das Vorjahr 1914 500 Mark mehr. Der Steuerfuß von 7½ Prozent konnte derselbe bleiben. Der Krieg hat auf die Finanzen des Bezirksverbands keinen meistentheils Einfluss ausgeübt; im Gegenteil: für 1915 sind gegen das Vorjahr von der Landesbank und der Kassatischen Sparkasse 691 652 Mark mehr, im ganzen 1 462 863 Mark der Bezirksverwaltung abgeliert worden.

Abg. Graf (Frankfurt) stellte die Anfrage, ob nicht ein Zuschuß von der Kreisverwaltung an die Gemeinden gewährt werden könne, die finanziell nicht so gestellt sind, die Kriegsunterstützung in gleichem Maße zu leisten, wie wohlhabende Gemeinden. Das ungleiche Maß der Unterstützung, das tatsächlich in einigen Kreisen vorhanden sei, könne leicht aus Materialverhältnissen resultieren, welche

Verdanken sei, könne leicht zur Ungründlichkeit Veranlassung geben. Landeshausmann Kretzel bemerkt dazu, daß die Bezirksverwaltung für die Kriegsfürsorge nicht zuständig sei. Die Gemeinden, denen zur Unterstützung weniger oder keine Mittel zur Verfügung ständen, müßten sich an die Staatsregierung wenden. Abg. Schumann (Frankfurt) regte an, daß im kommenden Jahre die Deputationsreise in Frankfurt selbst vom Bezirks-Inspektorat mehr beschleunigt wird.

Herrn Dr. G. (El. Gotschhausen) gibt die Anregung, daß für die Kinderpflege und Fürsorgeeinrichtungen für Hilfsbedürftige und leibende Kinder mehr geschehen könne. Die Einrichtung von Bädern für Kinder dürfte sich sehr empfehlen. Durch Wohlfahrts-einrichtungen zum Zweck der Förderung der Gesundheit und richtigen Ernährung könne der Kindersterblichkeit im weitesten Maße entgegengetrieben werden.

Abg. Wächling (Eimburg) regte an, daß der Maschinen- und der mehr als bisher im Regierungsbezirk Bieleben Eingang finden möge. Dann empfiehlt er die Konsolidierung der Grundflächen in weitestem Maße nach dem Muster, wie dies in der Rheinprovinz eingeführt wurde, und stellt den Antrag, daß sich der Landesausbausgesamt mit der Frage beschäftigen soll. Dieser Antrag findet Aufnahme.

Darauf wurde der Etat angenommen und ebenso der Antrag
Lüftung.
Hh. Dr. Gehner (Wiesbaden) erstattete den Bericht des
Beamtens- und Eingaben-Ausschusses betr. die Abänderung des
§ 13 Abs. 4 der Satzung der Kassatischen Brand-
versicherungsanstalt vom 8. Mai 1912. Der Ausschuss be-
auftragt, der Kommunallandtag wolle beschließen, 1. der beantragten
Abänderung zuzustimmen, 2. die Erweiterung zu erwidern, mit der
Zustimmung in Verhandlungen einzutreten wegen Mitteilung
des Eigentumswechsel von Gebäuden durch die Gerichte an die
Kassatische Brandversicherungsanstalt. Der Antrag wurde ange-
nommen.

Ing. Schaumann (Frankfurt) erstattete den Bericht des Bauausschusses zur Vorlage des Landesausschusses betr. die Schlußabrechnung über den Neubau der Landesheil- und Pflanzgeankalt Herborn. Für den Bau der zweiten Landes-Heil- und Pflanzgeankalt ist die Summe von 5 978 000 Mark bewilligt worden. Nach der vorliegenden Schlußabrechnung haben sich die wirklichen Auslagen auf 5 737 433 Mark gestellt, so daß sich eine Minderausgabe von 240 566 Mark ergeben hat. Die Schlußabrechnung wird aufgegeben.

Abg. Dr. Böll (Frankfurt) berichtete über die Kassanische Lebensversicherungsanstalt, die ihr erstes Geschäftsjahr hinter sich hat. Der Tätigkeitsbericht lag gedruckt vor. Es handelt sich für den Kommunalantrag noch darum, zu erklären, daß von diesem Bericht Kenntnis genommen wurde, die Genehmigung zu erteilen und für die große Lebensversicherung 14500 Mark und für die Volksversicherung 8500 Mark zu bewilligen. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Damit war das Arbeitspensum des Kommunal-Landtages erledigt. Regierungspräsident v. Reiter schloß ihn mit dem Wunsch, daß die getane Arbeit gute Früchte zeitigen möge.

Einquartierung. Diejenigen Einwohner, die bis zum 1. Mai d. J. Einquartierung gehabt haben, werden aufgefordert, die Quartierarten vom 3. bis einschließlich 5. Mai cr. und zwar nur vormittags von 8½ Uhr bis 12½ Uhr auf Zimmer 59 a des Rathhauses abzugeben.

Schredlicher Unfall. Am Samstag vormittag begleitete der 14 Jahre alte Joh. Kübler von Wiesbaden das Fuhrwerk eines hiesigen Großhändlers. Auf der Landstraße zwischen Fallau und Dietenbergen mußte, da scheinbar die Küder des Wagens sich heißgelaufen hatten, gehalten werden. Plötzlich stiegen die Pferde an, und Kübler, der mit dem Knecht den Aufschersitz verlassen hatte, kam zu Fall, wurde überfahren und sofort getödtet.

Der Feldpostdienst. Man schreibt uns: Bei der Versendung von Paketen an mobile Truppen handelt es sich um eine militärische Einrichtung. Die Beteiligung der Postverwaltung beschränkt sich darauf, die Pakete anzunehmen und den in der Heimat befindlichen Militär-Paketeispost auszuhandigen. Die bei den heimischen Postanstalten aufgewiesenen Pakete dürfen bis 10 Kilogramm schwer sein. Des Weiteren beträgt 5 Pf. für das Kilogramm, mindestens jedoch 25 Pf. Größere Güter im Gewicht über 10 bis 15 Kilogramm sind bei den Eisenbahn-Eilgut- und Güterabfertigungsstellen aufzuliefern; dabei sind die Frachtkosten (nebst 25 Pf. Rollgeld) im Voraus zu entrichten. Mit der Weiterleitung der Pakete von den Militär-Paketeispost nach dem Felde und der Zustellung an die Truppen hat die Post nichts zu tun, dies liegt vielmehr in den Händen der Heeresverwaltung. Siernach ist es unrichtig, für das Ausbleiben der an Heeresangehörige im Felde abgehenden Pakete bis 10 Kilogramm stets die Postverwaltung verantwortlich zu machen. Diese hat nur die Beförderung von der Aufgabepostanstalt zum Militärpaketeispost zu betreiben, wobei Verluste oder große Verzögerungen nahezu ausgeschlossen sind. Die Schwierigkeit liegt in der Beförderung der Pakete im Bundesland, namentlich wenn militärische Operationen stattfinden. Auch die dem Truppenteile obliegende Zustellung der Pakete an den Empfänger ist keineswegs so leicht ausführbar, wie das Publikum vielfach annimmt. Viele Beschwerden der Absender von Feldpaketen darüber, daß diese nicht angekommen seien, erweisen sich als nicht zutreffend, weil sie zu früh erhoben waren.

Viebrich, 3. Mai. (Aus der Partei.) Die Verhandlung war sehr gut besucht. Der Redner, Genosse Hemmerling, seine Aufgabe in vorzüglicher Weise. Die Diskussion war sehr reg. Eine Resolution, in der ausgedrückt wurde, unverzüglich in eine energische Friedensproben einzutreten, fand Annahme. Die Resolution wird dem Parteitag überreicht.

Malversammlungen

im Agitationsbezirk Frankfurt a. M.

Der Weltfeiertag der Arbeit, an dem sonst vom internationalen Proletariat für die sozialen Forderungen demonstriert, an welchem Tage in früheren Jahren mit Wucht und Schärfeder allgemeine Völkerrriede angeordnet wurde, konnte diesmal nur mit Begeisterung und Trauer begangen werden. Die 25jährige Wiederkehr des Tages, an dem das erste Mal der 1. Mai feierlich und mit hoher Begeisterung gefeiert wurde, brachte so recht zum Bewusstsein, was der Ausbruch des Weltkrieges der organisierten Arbeiterschaft alles genommen hat. Keine Arbeitstube, keine öffentlichen Demonstrationsversammlungen, fort sind die Hoffnungen, die jede ehrliche Sozialistenbrust entzündete bei dem Gedanken internationaler Solidarität und Brüderlichkeit. Nur in Mitgliederversammlungen konnten die Referenten das Thema: „Der 1. Mai im Völkerrkrieg“ behandeln. Ueberall wurde in den Ausführungen Hauptmerkt darauf gelegt, Frieden saktionen einzuflechten, denn gerade unsere Propagierung des Völkerrriedes mochte es der Gesamtpartei zur Pflicht sein, der Friedensbewegung die Initiative zu ergreifen. Versammlungen, die zum Teil recht starken Besuch aufwiesen und in denen recht nachdrücklich der allgemeine Friedenswille zum Ausdruck kam, fanden statt in Gannau, Eulenheim, Bergen, Bishofsheim, Bruchköbel, Dörnabheim, Eckenheim, Breunersheim, Fachsenheim, Ginnheim, Groß-Muheim, Langendiebach, Langelnsfeld, Braunheim, Karolsbäumen, Rüdningen, Winden, im Dillkreis, Würges, Zinheim, Sulda, Marburg, Groß-Gleiberg, Raunshoch, Weblar und Siegen i. W. in Siegen und Wiesbaden. Folgende Resolution wurde unter begeisteter Zustimmung einstimmig angenommen:

Fast neun Monate stehen sich die Kriegsheere gegenüber, ohne daß die Entscheidung gefallen ist. Ein Ende des Völkergemeinels ist nicht abzusehen. Das Proletariat kann nicht z warten, bis die bürgerlichen Regierungen, die diesen Krieg durch verurtheilte imperialistische Politik und jahrelanges Beirathen verursacht und gegen den Willen der Völker zum Ausbruch gebracht haben, freiwillig die Waffen wieder niederlegen. Jeder Tag des Zmarzens bedeutet aber für das Proletariat neuen Opfer. Die Zahl derer, die in diesem Kriege gefallen sind, geht in die Hunderttausende, die Krüppel, die Steden, die zurückbleiben an Geist und Körper gebrochen, sind nicht zu zählen. Die Zahl der Witwen und Waisen, die ihren Ernährer verloren haben, geht in die Millionen. In immer steigendem Maße ist das Proletariat dem Hunger und der Nothdurft ausgesetzt. Das Durchhalten im Kriege bis zu dem Augenblick, in dem die Regierungen den Frieden geben werden, ist gleichbedeutend mit dem Verbluten des Proletariats.

Wir sind der Meinung, daß das Proletariat, entsprechend den Beschlüssen der internationalen Kongresse, aus eigener Kraft versuchen muß, auf einen allseitigen Frieden hinzuwirken. Auf einen Frieden, der nicht im Niederschlagen fremder Völker besteht, sondern der internationalen Solidarität des Proletariats entspricht.

Aus diesem Grunde beantragen wir, in eine sofortige Agitation zugunsten eines abschließigen Friedensschlusses einzutreten."

Außerdem fanden noch Versammlungen statt in Griesheim, Höchst, Oberursel, Heddenheim und Rödelheim, die gleichfalls gut besucht waren, in denen aber von der Annahme einer Resolution Abstand genommen wurde.

Wahlkreis Offenbach-Dieburg.

Am Sonntag tagte in der „Ludwigschalle“ zu Dieburg an Stelle einer Kreis- eine Funktionär-Konferenz, die von insgesamt 42 Funktionären besucht war. Der Kreis Offenbach hatte aus 28 Orten 25 und der Kreis Dieburg aus 5 Orten 5 Delegierte entsandt. Nachdem das Andenken der Opfer des Krieges durch Erheben von den Sigen geehrt worden war, gab Kreissekretär N i t t einen Situationsbericht, aus dem hervorging, daß der Krieg nicht nur Lücken in unsere Reihen gerissen hat, sondern auch die Finanzgebarung ungünstig beeinflusst hat. Während das vorhergehende Geschäftsjahr in Einnahme und Ausgabe mit rund 26 000 Mark abschloß, beträgt im Berichtsjahr diese Summe nur 13 709 Mark. Die Beiträge der Mitgliedschaften sind gegen das Vorjahr von 19 441,63 Mark auf 8526,96 Mark gesunken. Das Vermögen erfuhr ebenfalls eine Abnahme um 3800 Mark. Auch das Parteiorgan verzehret nach dem Bericht des Geschäftsführers Ulrich eine Einkunft an Abonnenten und an der Gesamteinnahme. Die Wenigereinnahme seit Ausbruch des Krieges beträgt über 90 000 Mark. In der Diskussion forderte Genossin K a u l z verstärkter Aufklärungsarbeit unter den Frauen auf. Hieraus wurde den Vorschlägen des Kreisvorstandes, in diesem Jahre von der üblichen Wahlkreisversammlung abzuheben und während des Krieges das Auskunftsbureau in Dieburg aufzuheben, zugestimmt. Einstimmig wurde ferner Entlastung ausgesprochen.

Ueber die gemeindliche Arbeitslosenversicherung sprach Kreisverordn. Rinf. Einige Gemeinden haben die Arbeitslosenversicherung eingeführt wie Offenbach (schon vor dem Kriege), Neu-Nienburg und Sprendlingen. Das Offenbacher Kreisamt hat in dieser Frage kräftig flau gemacht. Dem Gemeinderat in Mühlheim, der die Arbeitslosenversicherung einführen wollte, schrieb es am 28. November vorigen Jahres, es warne davor, derartige Experimente (1) einzuführen. Die gegenwärtige Zeit erscheine ihm nicht geeignet, eine neue Einrichtung von solcher Tragweite einzuführen. Weiter wurde betont, daß selbst die Kriegerfamilien in vielen Landorten von einer gemeindlichen Unterstützung wenig oder nichts erhalten. Dabei wurde auf dem Offenbacher Kreisstag, wie ein Diskussionsrechner mitteilte, als eine höhere Unterstützung für diese Familien gefordert wurde, vom grünen Tische erklärt, die Gemeinden würden ebenfalls Zuschüsse gewähren. Das Kreisamt wirkte schon in dieser Beziehung. Bewilligt wurden in den Gemeinden auch Summen

aber sie gelangen nicht oder ganz ungenügend zur Auszahlung. Eingewiesen wurde darauf, daß alle Gemeinden, die mindestens 150 Prozent Steuerzuschlag erheben, für Kriegshilfe staatlichen Zuschuß erhalten.

Mit Mehrheit wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Konfäntanzkonferenz des Wahlkreises Offenbach stellt sich auf den Boden der Wiener Beschlüsse der österreichischen und deutschen Parteiretreter und untersttzt alle Bemühungen des Parteivorstandes, die in der Richtung der dort gefassten Entschlüsse liegen.“

Einkünfte. Annahme dagegen erhielt eine Resolution, die den Parteivorstand auffordert, bei der Reichsregierung Schritte zur Befreiung der unerträglich hohen Lebensmittelpreise zu unternehmen, die nicht die Folge von Mangel, sondern die Folge des Lebensmittelmangels seien.

Damit hatte nach 5 Uhr Die Kontroverenz ihr Ende erreicht.

Griechheim, 3. Mai. (Aus der Partei.) Am Samstag
tagte die Jahresversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.
Die Leiche schlecht besucht war. Genosse Weber hielt zunächst ein
kurzes Referat über die Bedeutung des 1. Mai in diesem Kriegs-
jahre. Die Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Die
Tätigkeit des Vereins im letzten Jahre war auf ein Minimum be-
schränkt. Zwei öffentliche und neun Mitgliederversammlungen fan-
den im vergangenen Jahre statt; alle trugen das Zeichen des
Krieges. Von 480 Mitgliedern sind noch 181 zahlende vorhanden,
290 stehen im Felde. Leider haben sich eine Anzahl Genossen von
der Beitragszahlung während des Krieges gedrückt. Durch Tod
sind neun Mitglieder abgegangen, darunter sieben im Kriege. Den
Kassenbericht gab Genosse Boitag. Die Jahreseinnahmen betru-
gen 1218 Mark, davon wurden 874 an den Kreis abgeführt. 2611
männliche und 506 weibliche Beitragsmarken wurden verkauft.
Die Marktpostageneinnahmen betragen 1049 Mark und die Einnahmen
der Lokalfeste 333 Mark. Dem Kassierer wurde für seine Mühe
und Arbeit einstimmig Entlohnung erteilt. In den Vorstand wur-
den für das nächste Jahr die Genossen Weber, von Dungen, Boitag
und Hoosen gewählt. Zu Kartelldelegierten die Genossen Sommer
und Hengeroth. Zu der Kreisgeneralversammlung, die am 16. Mai
in Griechheim stattfindet, wurden die Genossen von Dungen, Boitag
und Hoosen bestimmt; zu den nötigen Vorarbeiten wurde eine
besondere Kommission eingesetzt. Am Schlusse machte Genosse
Weber auf die Landtagsversammlung aufmerksam; am 6. Mai werden
die Wahlmänner gewählt. Die sozialdemokratische Partei beteiligte
sich nicht an der Wahl.

Hochst a. M., 1. Mai. (In der Stadtverordneten-
sitzung vom 22. April) stand der Haushaltungsvoranschlag
für 1915 zur Beratung. Der Stadtv. Dr. Blank führte aus, daß
der neue Etat sich im Großen und Ganzen dem vorjährigen
anschließe, und wenn er in seiner Schlusssumme von 2200 000 Mark
diesen um rund 105 000 Mark übersteige, so sei dies nur Scheinbar
der Fall, denn genau genommen handele es sich nur um ein Plus
von rund 24 000 Mark, da nur durch eine ganze Reihe rein durch-
laufender Posten und Zufälligkeiten sich die höhere Etatssumme
gebildet hat. Man habe so vorzüglich wie möglich alle Posten ge-
prüft, und wenn der Magistrat schon auf der Einnahmen-Seite
mit allen möglichen Ausfällen gerechnet und entsprechend niedrige
Beträge eingesetzt hat, so ist der Finanzausdruck hierin und in der
Steigerung einzelner größerer Ausgabenposten noch einen Schritt
weitergegangen, so daß sich nach seiner Verarbeitung des Voranschlages
die Schlusssumme in Einnahme und Ausgabe mit 2145 000 Mark
die Wage hält. Daß keine Erhöhung der Steuerkraft einzutreten
hat, hält Herr Dr. Blank für selbstverständlich, schlimmstenfalls sei
der reiche Ausgleichs-Fonds da, um die Lücke zu füllen. Die Ab-
stimmung ergab einstimmige Genehmigung des Etats in der vom
Finanzausschuß abgeänderten Form. — Herr Dr. Weiß gab schließ-
lich der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Kriegselat in nicht allzu
ferner Zeit zu einem Friedens-Etat werden und uns allen recht
freudige Erfahrungen bescheren möge. — Es folgte dann noch eine
kurze nichtöffentliche Sitzung.

Genau, 8. Mai. (Sendungen an Kriegsgefangene.) Laut Erlaß des Kriegsministeriums hat die schweizerische Postverwaltung das Umwandlungsverhältnis für Postanweisungen an Kriegsgefangene in Frankreich bei der Umschreibung in Bern auf 104 Fr. für je 100 Fr. festgesetzt. An deutsche Hingefangene in Rußland können Geld und Pakete durch Vermittlung des Kriegsgefangenenbureaus beim Russischen Noten Kreis in St. Petersburg gesandt werden, jedoch genügen derartige Sendungen keine Zollfreiheit. — (Gute Speisekartoffeln) werden laut amtlicher Bekanntmachung Dienstag und Mittwoch den 4. und 5. Mai von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags am Stadtschloß, Haupteingang, verkauft. Es werden nur Mengen von ¼ Bentner zum Preise von 250 Karl verabfolgt. — (Die Auszahlung der Familienunterstützungen) findet in der Folge statt: für die Rtn. 1 bis 800 am 1. und 16. jeden Monats, für die Rtn. 801 bis 1600 am 2. und 17. jeden Monats, für die Rtn. 1601 und folgende am 3. und 18. jeden Monats. Die Rassenstunden sind festgesetzt auf 8 bis 12½ Uhr vormittags und 2½ bis 5 Uhr nachmittags. — (Unterricht für Verkäuferinnen.) Der Unterricht in der Verkäuferinnenklasse der kaufmännischen Fortbildungsschule hat heute vormittag 7 Uhr begonnen. — (Der Verkauf von Kohlen) an Arbeiterfamilien und Rothlandsarbeiter findet gegen Vorzeigung der Anweisung auf dem städtischen Gaswerk nur zweimal im Monat statt, und zwar am 4. und 19. Mai, jedesmal von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags. — (Gehilfenprüfung für Buchdrucker.) Diejenigen Buchdruckerlehrlinge, welche ihre Lehrzeit beendet haben und beabsichtigen, sich der Gehilfenprüfung zu unterziehen, wollen sich bei dem Vorsitzenden der Gehilfenprüfungskommission, Herrn Phil. Reich in Genau, melden. — (Sein 40. jähriges Dienstjubiläum) begeht morgen Herr Lehrer Josef Jüller. Er begann seine Lehrtätigkeit im Jahre 1875 an der damaligen katholischen Schule, trat später in den städtischen Schuldienst über und wirkt seit 1906 an der Hofschule für schwachbegabte Kinder.

Groß-Aubrim, 3. Mai. (Zur Lokalfrage.) Die am Samstag den 1. Mai in der „Mainlust“ abgehaltene Mitgliederversammlung des Wahlvereins, die sehr gut besucht war, beschäftigte sich auch mit der Lokalfrage. Gastwirt Loh von der „Rose“ verteidigt während der Kriegszeit sein Lokal. Die Versammlung gab ihrer Entrüstung über das Verhalten des Wirts berechtigten Ausdruck; besonders wurde betont, daß als Verkehrslokal der Arbeiter die „Rose“ nicht mehr in Frage kommen kann, besonders jetzt, wo auch noch Damenbedienung eingeführt wurde. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß das Lokal zur „Rose“ strengstens zu meiden und das neue Verkehrslokal der Arbeiter, „Zur Mainlust“, mit allen Kräften zu unterstützen ist. Es wäre ja eine Freude für Herrn Loh gewesen, wenn die Arbeiter auf die Straße geleitet worden wären. Zeigen wir, daß die gesamte Arbeiterkraft in Groß-

Arbeitsgeschlossenen und einig den Kampf aufnehmen kann. Es wird sich bald zeigen, daß auch die Soldaten das Lokal meiden werden. Vielleicht wäre Herr Voh dann froh, wenn die Arbeiter wieder bei ihm verkehrten. Die „Rainluft“ sei fortan das Verkehrsfeld der Arbeiter.

Kloppenheim, 2. Mai. (Tot aufgefunden.) Die 33jährige Ehefrau eines hiesigen Landwirts entfernte sich plötzlich in einem Anfall geistiger Unmündigkeit und konnte trotz sorgfältiger Bemühungen nicht aufgefunden werden. Gestern entdeckte man die Unglückliche tot an einem Bahndamme. Sie hatte sich die Pulsadern geöffnet und war verblutet.

Ladenhausen, 2. Mai. (Einbruch.) Durch eine Militärpatrouille wurde in der Fabrik von Brüdner & Fuchs ein Einbruch verübt. Es gelang, einen der Diebe festzunehmen, der sich als der vielgesuchte Anton Brüdner aus Elberfeld entpuppte. In Brüdners Besitz fand man reiches Diebstahlsvermögen und mehrere Dolche.

Stienheim, 2. Mai. (Tödlicher Unfall.) Bei der Beseitigung von Feldarbeiten wurde der 50jährige uneheliche Jakob Wildermut von einer schweren Walze überfahren und tödlich verletzt.

Julba, 2. Mai. (Schadenfeuer.) In dem Dorfe Lütter in der Rhön sind heute nacht vierzehn Hirsche abgebrannt.

Karburg, 2. Mai. (Zu Tode gequetscht.) Bei Reda geriet der Lokomotivführer Schiebfa während der Fahrt mit dem Kopf zwischen Maschine und Brückenpfeiler. Der Kopf wurde völlig zerquetscht, jedoch der Tod des Mannes auf der Stelle eintrat.

Büdingen, 2. Mai. (Kohlberge.) An den Einrichtungen der Ueberlandzentrale, soweit diese den Kreis Büdingen betrafen, haben böswillige Hände in zahlreichen Fällen vielfachen Unruhe verursacht. Sie bewarfen die Stationsgebäude für die Transformatorien mit Steinen und Schmutz, zertrümmerten die Zäune, zerstörten die Türen und Läden der Scholtafeln, die Warnungsschilder und beschnitten alle erreichbaren Gegenstände mit Kreide in unflätiger Weise. In manchen Stellen wurde bereits bedeutender Schaden angerichtet. Um der Zerstörungslust zu steuern, hat das Kreisamt eine strenge Ueberwachung der Anlagen angeordnet.

Aus Frankfurt a. M.

Die Maifeier in Frankfurt a. M.

Ein tragischer erster Mai! Weit abseits von allem, was bisher unser Stolz und unser Sehnen gewesen ist. Zerrissen das schöne Band der Internationale, zerstoßen auf lange Zeit die stolze Hoffnung, dem Völkerrfrieden näher und näher zu kommen. So zeigte sich der Maiestraum, der uns bisher in der Form des festlichen ersten Mai ein Verbrüderungs- und Verbrüderungsfeier gewesen ist; ganz Europa eine blutige Wastafel.

Doch unter solchen Verhältnissen in diesem Jahr der alte Maiestraum weniger befeuchtet hatte, als sonst, war wohl vorzusehen. In vielen Orten hatte man von einer Maifeier ganz abgesehen; die hiesige Parteileitung wollte aber trotz der schweren Schwere des politischen Himmel dem ersten Mai ihren Tribut zollen, sie hatte zu einer schlichten Feier in der Stadthalle eingeladen.

Die Männer des Arbeitergesangsvereins „Union“ und des „Sängerkreises“ umarmten die Feier, in deren Mittelpunkt eine Festrede des Reichstagsabgeordneten Genossen Ulrich (Offenbach) stand. Er schilderte kurz den hohen Gedankensflug, den die Väter des ersten Mai vor 25 Jahren in Paris gehabt haben, weiter die verschiedenen Wandlungen, die im Laufe des Vierteljahrhunderts gerade in dieser Frage durchgemacht worden sind. Dann leitete er über auf den heutigen Tag; der nur noch allseits verankerte Kapitalismus habe der Maiestraum rücksichtslos beiseite geschoben. Mit diesem Schmerz sieht die deutsche Sozialdemokratie heute auf die blutigen Schlachtfelder, wir würden viel daraus geben, wenn wir lieber heute als morgen zu einem Ende dieser Greuel kommen würden. Leider sieht es im Augenblick gar nicht danach aus! Ulrich verweist unter Beifall auf die Erkenntnis, die wir wohl alle gewonnen haben, daß später, wenn erst die schöne Zeit des Friedens wieder gekommen ist, alles daran gesetzt werden muß, mehr als es bisher gewesen ist, für seine Erhaltung zu tun, mehr als früher an der gegenseitigen Verständigung zu arbeiten. Gerade dieser traurige erste Mai muß die ganze Welt zu wahren Friedensfreunden machen, es muß, trotz der geringen Aussicht, doch ein Weg gefunden werden, der die Brüden schlägt zu gemeinsamer Verständigung und baldigen Aufeinander des Friedensgedankens. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe gleich am 4. August mit der Bewilligung der Kredite in ihrer Erklärung ihre Friedensliebe zum Ausdruck gebracht und damit der Welt zu verstehen gegeben, daß sie nur das Land geküßt wissen will und alles weitere ablehnt. Leider kommen uns auf diesem Wege die anderen Länder nicht entgegen und der gute Wille der einen Nation reicht dazu allein nicht aus.

Aber trotz der geringen Aussicht darf keine Gelegenheit verkannt werden. Besonders wollen wir nicht den ersten Mai vorübergehen lassen, ohne unsere ernste und tiefe Friedenssehnsucht zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen alles versuchen, um recht bald Verhandlungen in die Wege zu leiten und für den Frieden zu wirken im Sinne unserer Maildeale. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Genosse Weidner gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Internationale nicht tot ist, dafür sorgen schon die kapitalistischen Kriegskräfte. Auch diese Zeit werden wir überwinden. Er unterbreitet der Versammlung folgende Entschliessung, die unter Beifall einstimmig angenommen wird:

Die Versammelten entziehen Gruß den Proletariaten der ganzen Welt. Schöne Blüten wachsen über die Erde und zerstörende Gewalt kämpft die Kultur in den Boden. Entschieden leiden die Völker.

In allen Ländern, die der Krieg durchdringt, ist auch das Proletariat in den Kampf der Waffen hineingerissen. Namenloses Leid im Herzen, stehen sich Arbeiterbrüder, die sonst zum Streben nach einem Ziel vereint waren, vernichtungsbereit gegenüber.

Aus der Qual dieser furchtbaren Zeit erheben wir laut den Schrei nach einer Gesellschaftsordnung, die mit den gefährlichen Interessen der Kapitalisten und mit dem kapitalistischen Macht- und Bereicherungsstreben zugleich die größte Kriegsgefahr beseitigt.

Mit Ernst und Festigkeit stehen wir uns gegen jedes Streben nach Aufrechterhaltung und Verlängerung der Weltkriege eines Landes. Wir fordern gleichmäßige Entwicklungsfreiheit für

alle Völker. Wir verwerfen das Eroberungsstreben, das den Reichtum zu neuen Kriegen bringt bei jedem Völk.

Aus dem Kriegesgetöse strecken wir die Bruderhand allen Völkern entgegen, insbesondere das Proletariat der im Kriege stehenden Staaten ein; gemeinsam nach einem Frieden zu streben, der die Rechte der Völker achtet und den Weg zur Befreiung von der Kautionslast ebnet.

Wir begrüßendwünschen die Sozialisten der neutralen Länder zu ihrem Widerstand gegen die weitere Ausbreitung des Krieges. Wir freuen uns besonders der mannhaften Kriegsgegnerschaft der Sozialisten Italiens und der neutralen Balkanstaaten. Wir wollen den Bemühungen der Sozialisten und Gewerkschafter Amerikas zur Beendigung des Krieges jammerschmerzvolle Anerkennung.

Die hochherzige, mutige Haltung russischer Sozialisten und das tapfere Streben englischer Genossen gelten uns als wertvolle Kräfte, die den Frieden vorbereiten helfen.

Wir bekennen uns zu dem Friedensprogramm, das am 18. April von den Vorständen der deutschen, österreichischen und ungarischen Sozialdemokratie aufgestellt wurde.

Wir erwarten von den Sozialdemokraten aller Länder, daß sie sich frei machen von dem Fieber des Krieges, und durch die Einigung ihres Strebens eine starke Kraft bilden, in allen Ländern den Eroberungswillen niederzulegen und die Regierungen willig macht zu einem Friedensschluß, der das dauernde Zusammenwachsen der Kulturvölker ermöglicht.

Genug des Blutes und der Tränen sind geflossen, genug des Jammers durch die Welt geschritten.

Freiwillig geloben wir aus der Tiefe unseres Schmerzbewogenen Herzens, unsere Willen und unsere Kraft einzusetzen für die Beendigung des furchtbaren Ringens, auf daß die Bahn frei werde zur Ueberwindung allen Elends und zur Verwirklichung des menschheitsbeglückenden Sozialismus.

In Rodenheim sprach Stadtvorordneter Genosse Müller in gutbesuchter Versammlung des Wahlvereins. Neben den bekannten Anforderungen besprach der Redner in der Hauptsache die durch den unglücklichen Krieg verursachten Greuel und Schäden. Mit Nachdruck verlangte er eine ausreichende Unterstützung für die Kriegsinvaliden und Angehörigen der gefallenen Kriegsteilnehmer. Viele Forderungen der Arbeiter in sozialer und politischer Beziehung barren nach dem Kriege ihrer Erfüllung; auf Einigenkommen sei wohl kaum zu rechnen, sie müssen erfüllt werden. Einigkeit der Arbeiterkraft und Stärkung der Organisation sei die erste Voraussetzung für einen vollen Erfolg. Die Schlachtfeldführungen gälten unter allseitiger Zustimmung der Friedensfrage; Einstellung der furchtbaren Völkermordelei müsse verlangt, die Propaganda dafür überall betrieben werden. Mit dem Wunsche, die Internationale der Arbeiter möge aus diesen schrecklichen Wirnissen gelöst und gestärkt hervorgehen, schloß Müller unter lebhaftem Beifall seinen temperamentsvollen einseitigen Vortrag. Eine durch und durch von Friedensgedanken getragene Resolution, die sich inhaltlich mit der bedt, die der Frankfurter Parteiversammlung vorlag, fand einstimmige Zustimmung.

Geschäftsbericht des Hefenheimer Kupferwerks und der Süddeutschen Kachelwerke-Aktiengesellschaft. Die Bilanz schließt einschließlich Vortrag und nach Abzug der ordentlichen Abschreibungen von 385 858 Mark (1913 406 135,92 Mark) mit einem Reingewinn von 1 334 333,82 Mark ab gegenüber 1 150 958,15 Mark im Vorjahre. Der für den 28. Mai d. J. einzuberufenden Generalversammlung soll vorgelegt werden, Nachstellungen und Extrabschreibungen in Höhe von 320 000 Mark vorzunehmen, eine Dividende von 7 Prozent wie im Vorjahre zu verteilen und den Reij von 299 967,28 Mark auf neue Rechnung vorzutragen.

Kahnflut in den Schulen. Nach dem in der Jahresversammlung des Komitees für Zahnpflege in den Schulen erstatteten Geschäftsbericht mußte die beschlossene Einführung des sogenannten Dübener Systems zurückgestellt werden. Am 1. Oktober 1914 wurden die Räume im Carolinum verlassen und das Institut nach Bannionstraße 40 verlegt. Der Kassienbericht stellt an Ausgaben 9311 Mark fest, denen nur 4142 Mark Einnahmen gegenübergestellt werden konnten. Der Restbetrag mußte aus dem Vermögen von 12 500 Mark gedeckt werden. Von ärztlicher Seite wurde noch darauf hingewiesen, daß die zahnärztliche Behandlung von Kriegsteilnehmern sehr erschwert sei.

Der amtliche Taschensplan ist neu erschienen. Er enthält wie bisher die am 1. d. Mts. im eigenen Direktionsbezirk und auf den Anschließenden zur Einführung gelangenden neuen Fahrpläne, sowie die Frankfurt (Main) betreffenden Fernverbindungen. Der Fahrplan ist an den Schaltern aller Stationen sowie im Buchhandel zum Preise von 15 Pfg. das Stück zu erhalten.

Kriegsdenkmäler. Vom Ausbruch für Volksvorlesungen wird uns geschrieben: Die im Anschluß an den Vortrag von Herrn Dr. Buse in den Räumen des Ausschusses für Volksvorlesungen (Paulusplatz 10, rechts) aufgestellte Ausstellung von moderner Kriegsgeschichte hat so guten Besuch gefunden und erregte so allgemeines Interesse, daß sie außer den bereits angekündigten Stunden noch am Montag, Dienstag und Mittwoch, vormittags von 11 bis 1 Uhr, und am Donnerstag, abends von 8 bis 10 Uhr, geöffnet bleibt. Der Eintritt ist für jedermann unentgeltlich.

Ein Vortrag für die Hausangestellten. Der Nationale Frauenverein, Lebensmittelausschuss, veranstaltet am Dienstag nachmittags 4½ Uhr eine Versammlung für Hausangestellte im großen Saal des Hoftheaters, Robert-Mayer-Straße 2 (früher Reitenhofweg 38), in der Fraulein M. Gadenmann über das Thema: „Wie helfen die Hausangestellten den englischen Hungerungsplan auszuweichen zu machen?“ sprechen wird. Vor dem Vortrag werden Kriegsspenden für die Nothilfe angelobt. Nach dem Vortrag findet durch Frau Ströhm eine Einführung in die Zubereitungsweise von Kriegskost statt. Kostproben werden verteilt.

Annahme von Feindarbeit. Die Reichsbankstelle für Feindarbeitnehmer ist seit Januar d. J. von Hr. Kirchgraben 25 nach Neue Mainzerstraße 74 verlegt. Näherheiten aller Art, Gliden, Maschinenstopfen und Stiden von Wäse, Striden und Anstriden von Strümpfen auf der Maschine und mit der Hand wird pünktlich besorgt. Defekt erfolgt auch die Vermittlung von Schneiderinnen, Näherinnen und Weißzeugnäherinnen ins Haus. Die Werkstätte ist geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und, außer Samstag, von 8 bis 7 Uhr nachmittags.

Wer kennt den Mörder Bauer und sein Opfer? Zwecks Nachprüfung der Angaben des Raubmörders Adolf Bauer ist eingehende Beleuchtung des Charakters der Ermordeten Katharina Oberst, zuletzt Rahelstraße 9 wohnhaft gewesen, dringend notwendig. Sämtliche Personen, welche selber in Beziehungen zu ihr gestanden und Nachrechnungen über ihre Art gemacht haben, wollen sich oder diejenigen ihrer Bekannten bei der Kriminalpolizei anmelden, welche solche Anschlüsse geben könnten. Derselben Angaben bedarf die Behörde über den Charakter des Mörders Bauer, welcher der Ermordeten zum Vorturf macht, sie habe ihn durch Drohung mit Anzeige wegen Zuhälterei zur Tat gereizt. Wer ihn näher kennt, insbesondere ihn näher getretene Frauen, werden daher gebeten, sich ebenfalls zu melden.

Telegramme.

Japans Forderungen an China.

Petersburg, 2. Mai. (B. A. Nichtamtlich.) „Rjetich“ meldet aus Tokio: Die endgültigen, vom Kaiser von Japan bestätigten Forderungen Japans an China sind nunmehr folgende: Politische Vorrechte in der Südmandschurei, Ostmongolei, Schantung und Tschinan. Als japanische Wünsche wurden aufgestellt:

Japanische Berater in administrativen, finanziellen und militärischen Angelegenheiten, in China Berechtigung zum Erwerb von Grundbesitz für die japanischen Schulen, Hospitäler und Tempel, Errichtung einer gemeinsamen chinesisch-japanischen Polizei, 50 Prozent alles chinesischen Kriegsmaterials soll in Japan angekauft werden oder aber es soll ein Arsenal errichtet werden, das nur japanische Techniker und japanisches Material benutzen soll. Berechtigung zum Bau einer Eisenbahnlinie Utschen-Mantschang-Gantsche-Sooaten (?) Errichtung von Häfen, Docks und Eisenbahnen in Kustum, (?) Erlaubnis freier Ausbreitung des Buddhismus. Die Lokotter Presse weist auf den Ernst der Lage hin und kritisiert die Maßregeln der Regierung alsbald, die alles nur auf diplomatischem Wege erreichen wollen. Es werden Versammlungen in Japan abgehalten, worin ganz energische Maßnahmen gegen China gefordert werden. Eine dahin lautende Petition ist dem Minister des Äußeren überreicht worden, worin eine kategorische Antwort von China verlangt wird.

Genf, 3. Mai. (D. D. P.) Nach Meldungen französischer Blätter hat China gestern an Japan eine Antwort überreicht, durch die es dessen neue Forderungen in höflicher, aber bestimmter Form ablehnt.

Wiesbadener Theater.

Kaisers Theater.

Montag, 3. Mai, 7 Uhr: „Staatsanwalt Alexander“. Dienstag, 4. Mai, 7 Uhr: „Baterland“. Mittwoch, 5. Mai, 7 Uhr (Gastspiel des Albert Schumann-Theaters in Frankfurt a. M.): „Gold gab ich für Eisen“. Donnerstag, 6. Mai, 7 Uhr (Gastspiel des Albert Schumann-Theaters in Frankfurt a. M.): „Gold gab ich für Eisen“. Freitag, 7. Mai, 8 Uhr (7. Volksvorstellung): „Der Herr Senator“.

Königliches Theater.

Montag, 3. Mai, 7 Uhr: „Die Rabensteinerin“. Dienstag, 4. Mai, 7 Uhr (neu einstudiert): „Gensbeva“. Mittwoch, 5. Mai, 7 Uhr: „Mignon“. Donnerstag, 6. Mai, 7 Uhr: „Mda“. Freitag, 7. Mai, 7 Uhr: „Egmont“.

Landsturm-Musterung Stadtkreis Wiesbaden.

Die Musterung und Aushebung der vom 1. August 1869 bis 31. Dezember 1874 geborenen unausgebildeten Landsturmpflichtigen findet vom 3. bis 10. Mai cr. statt. Es haben sich im „Deutschen Hof“, Goldgasse 4, vormittags 7 Uhr, zu stellen:

1. am Montag den 3. Mai die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1869 Buchstaben A—Z und 1870 Buchstaben A—F;
2. am Dienstag den 4. Mai die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1870 Buchstaben G—Z;
3. am Mittwoch den 5. Mai die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1871 Buchstaben A—R;
4. am Donnerstag den 6. Mai die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1871 Buchstaben S—Z und 1872 Buchstaben A—H;
5. am Freitag den 7. Mai die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1872 Buchstaben J—Z;
6. am Samstag den 8. Mai die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1873 Buchstaben A—Q;
7. am Sonntag den 9. Mai die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1873 Buchstaben R—Z und 1874 Buchstaben A—G;
8. am Montag den 10. Mai die Landsturmpflichtigen des Geburtsjahrganges 1874 Buchstaben H—Z.

Die Landsturmpflichtigen haben sich an den genannten Tagen in reinem und nüchternem Zustande pünktlich zu stellen. Die ohne genügende Entschuldigung Ausbleibenden haben zu gewärtigen, daß sie sofort festgenommen, außerterminlich gemustert und als unsichere Landsturmpflichtige sofort eingeliefert werden.

Die durch Krankheit am Erscheinen verhindert sind, haben ein behördlich beglaubigtes ärztliches Attest einzubringen.

Wer seit der letzten Musterung mit Zuchthaus oder Ehrenstrafen (Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte) bestraft worden ist, hat dies unausgefordert an dem für ihn bestimmten Musterungstage sofort zu melden.

Die Militärpapiere (Landsturmscheine usw.) und etwaige Unabkömmlichkeitsbescheinigungen sind mitzubringen.

Besuche um Jurisdiction sind bei der Königl. Polizei-Direktion hier einzubringen.

Wiesbaden, den 29. April 1915.

Der Magistrat.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.

Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Es hält sich allen Fremden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen.

Zeitungsfremdwörter und politische Schlagwörter

Verständlich und erklärt von Adolf Braun. — Preis 30 Pfg. Porz. 8 Pfg. Buchhandlung Volksstimme, Hr. Kirchgraben 17.

Beim Wohnungswechsel

wird oft übersehen, der Expedition der Volksstimme oder der Trägerin Mitteilung zu machen. Die Folge ist, daß die Volksstimme nicht gleich in die neue Wohnung geliefert wird. Deshalb bitten wir, den

Umzug

zu melden, diesen Brief auszufüllen, ausfüllen und der Expedition einzulegen oder der Trägerin zu geben.

Name: _____
 Alte Wohnung: _____ Nr. _____
 Neue Wohnung: _____ Nr. _____
 Umzug findet statt am: _____